



5. Jahrg. 1. Band

N^o 26.

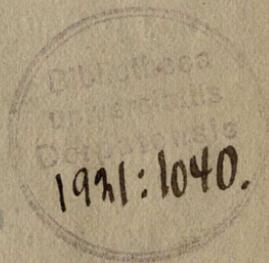
27. September 1919

Die Glocke

Herausgegeben von
PARVUS

A 1746

50 Pfennig



Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW. 68

ESTICA

A 1746

DIE GLOCKE

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber: Parvus. Redaktion: Konrad Haenisch
Ständige Mitarbeiter; Dr. Paul Lensch, August Winnig

Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post
oder Buchhandlung bezogen vierteljährlich Mk. 6,—,
Einzelhefte 50 Pfg., Porto 5 Pfg.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT
Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Postscheckkonto: 27576 Berlin.

INHALT DIESER NUMMER:

- Parvus Die Reichswehr.
August Winnig Der baltische Knoten.
Dr. Paul Lensch Die Rache für Königgrätz.
Dr. Max Quarck Schulkämpfe und Verfassung.
Guido Knörzer: Zivildienstpflicht statt Militärdienst-
pflicht.
Dr. J. P. Buß: Novemberbuben und junge Sozialisten.
Glossen.

Nummer 25 der „Glocke“ hatte folgenden Inhalt:

- Parvus Woher kommt die Gefahr?
Dr. Paul Lensch Karrikatur statt Korrektur.
Müller-Brandenburg Doch mit Frankreich!
Richard Bernstein Am Grabe Oesterreichs.
R. G. Haebler Marx und Goethe.
Dr. Springer: Zur Frage der Schwangerschaftsunter-
brechung.
-

4-A 4360

DIE GLOCKE

26. Heft

27. September 1919

5. Jahrg.

Nachdruck sämtlicher Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

PARVUS:

Die Reichswehr.

DIE Reichswehr — sagte Noske — würde auseinander-springen wie Glas, das man an die Wand wirft, wenn sie den Versuch machen wollte, das alte Regime wieder herzustellen.

Das klingt sehr tröstlich, aber die Äußerung mutet mich doch seltsam an, denn ich kann mir nicht vorstellen, was denn unser Reichswehrminister mit einem Werkzeug aus Glas unternehmen will.

Außerdem glaube ich, daß wir schon Scherben genug im Lande haben und nichts mehr an die Wand zu werfen brauchen.

Es soll *keinen Konflikt* geben zwischen der Reichswehr und dem republikanischen Volke, es soll vielmehr zwischen beiden ein *inniger Zusammenhang* hergestellt werden. Geschieht das nicht, so verliert die Reichswehr ihren moralischen Halt, das Volk den Rest seiner militärischen Wehrkraft. Wir dürfen dieses winzige, was von der alten deutschen Wehrmacht übrig geblieben ist, nicht preisgeben.

Das Schicksal Deutschlands liegt in den Händen des Völkerbundes. Wir denken auch nicht mehr an militärische Revanche. Das wäre unter den gegebenen Weltverhältnissen eine hirnerkrankte Donquichotterie. Deshalb verzichtet das deutsche Volk keineswegs auf seine Einigung. Soviel nationalen Sinn, als die Polen oder Serben, besitzt das deutsche Kulturvolk mindestens. Aber die Wiedervereinigung der gewaltsam zerrissenen deutschen Nation kann nur noch stattfinden durch Einigung Europas und der ganzen zivilisierten Welt, also nur noch innerhalb des Völkerbundes. Soviel ist klar.

Est. A
TARTU ÜLIKOOLI
RAAMATUKOGU

261

30 997 ; 4957 8091

Nicht minder klar ist aber auch, daß der hinkende Völkerbund, wie er von den Imperialisten der Entente geschaffen wurde, nicht genug Autorität besitzt, um in seiner eigenen Mitte die Raubgelüste zu züchtigen und Deutschland vor den Uebergriffen der Randstaaten zu schützen, mit denen man es umgeben hat. Darum muß das, was uns die Sieger selbst an eigenem militärischen Schutz zugebilligt haben, auf das sorgfältigste gepflegt werden.

Komplizierter, als der Grenzschutz, ist die Aufgabe, die der Reichswehr im Inlande zufällt.

Der Krieg, der Friede, die Revolution haben chaotische Zustände geschaffen. Es braucht die ganze geistige bzw. moralische Energie des deutschen Volkes, um sich aus dem Elend emporzuarbeiten. Kein Prophet, kein Held, kein Heiliger kann helfen! Auch für einen Militäranwalt, der seine Zivilversorgung in der Politik sucht, wäre das Problem zu schwer. Es ist von einem einzelnen überhaupt nicht zu lösen, es braucht die Mitwirkung aller. Deutschland macht einen stürmischen Entwicklungsprozeß durch, der von sozialen Kämpfen erfüllt ist, die geistigen Kräfte der Nation auf das höchste anspannt und mit einer *nationalen Wiedergeburt* abschließen wird. Dieser Prozeß der gewaltigen sozialen und kulturellen Umbildung ist von Zersetzungs- und Korruptionerscheinungen begleitet, die der Krieg üppig ins Kraut hat schießen lassen. Deklassierte, geistig Verlumpte und einfache Lumpen, die Raubritter von gestern und die Glücksritter von heute, Abenteurer, Phantasten, das alles drängt durcheinander, drängt sich vor und benützt die Revolution, die Unsicherheit der sozialen Verhältnisse, die Bedrängnisse des Friedensvertrages, das schwankende Gleichgewicht der noch nicht genügend stabilisierten Regierung, um, mit welchen Mitteln auch, zur Macht zu gelangen. Diese störenden Kräfte, die Deutschland unter die Herrschaft kleiner Cliquen bringen wollen, die dem Willen des Volkes Handgranaten entgegensetzen, zurückzuhalten, fällt der Reichswehr zu.

Das deutsche Volk leitet nunmehr selbst seine Geschicke. Es wird sich aus eigener Kraft emporarbeiten durch Anspannung jener nationalen Fähigkeiten, die ihm auch bisher seine glorreiche Stellung inmitten der zivilisierten Völker sicherten. Der Kampf wird von der Industrie, der Wissenschaft, der

Kunst ausgefochten werden. Aber gegen die Maschinengewehre bewaffneter Banden, gegen die Verschwörer und Staatsstreichler, die Deutschland kommandieren wollen, die dem deutschen Volke, einerlei ob im Interesse des alten oder des allerneuesten Regimes, ihren Willen aufzwingen wollen, brauchen wir die Reichswehr.

Wir brauchen die Reichswehr sowohl gegen den anarchistischen wie gegen den monarchistischen Putschismus.

Die Reichswehr soll auf der Wacht der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes stehen.

Sie kann aber diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, darum nur, wenn sie, wie dieses, *republikanisch* gesinnt ist.

Sollte aber die Reichswehr anders gesinnt sein, wie das Volk, wo sollte sie dann den ideellen Antrieb zu ihrer Wachsamkeit hernehmen? Dann würde sie unter das Niveau von Polizeimannschaften herabsinken. Dann würden es nur Pinkertons sein, die, weil man sie gut bezahlt, das Eigentum anderer beschützen und, je nach dem erteilten Auftrag, Verbrecher verfolgen oder selbst Verbrechen begehen. Mit Pinkertons läßt sich ein Land weder verteidigen noch regieren.

Darum genügt uns nicht, wenn *Noske* uns vertröstet, das deutsche Volk sei stark genug, sich eines etwaigen Anschlags seitens der Reichswehr zu erwehren. Wir wollen solche Zustände nicht. Nicht als einen ungefährlichen Feind, sondern als tatkräftigen Freund wollen wir die Reichswehr im deutschen Hause haben. Die Reichswehr muß aus voller Ueberzeugung auf dem Boden des republikanischen Deutschlands stehen, sonst wird sie *nach keiner Richtung* ihren Aufgaben gerecht werden können.

Darum wollen wir mit dem Appell an das revolutionäre Volk nicht erst warten, bis es gilt, Gläser zu zerschlagen. Wir wenden uns vielmehr schon jetzt warnend an das Volk, um solchen Möglichkeiten vorzubeugen.

Wir wollen eine durch und durch republikanische Reichswehr.

Die monarchisch gesinnten Offiziere in der Reichswehr müssen mit sich ins Klare kommen. Kann man es wirklich als gerader Mann fertig bringen, in einer republikanischen Armee, unter einer republikanischen Regierung seiner monarchischen Gesinnung nachzuleben? Kein Dienst erfordert

so die ganze Persönlichkeit, als der Militärdienst. Wie soll man da diesen inneren Zwiespalt in sich herumtragen? Wie soll man als Monarchist eine Regierung unterstützen, die bestrebt ist, alle Spuren des monarchischen Regimes auszumerzen, wie soll man seine Persönlichkeit für eine Regierung einsetzen, die man lieber heute als morgen gestürzt sehen möchte? Es kann da nur ein Entweder—Oder geben: entweder man stellt sich ganz auf den Boden der neuen Verhältnisse, oder man tritt zurück.

Auch die Regierung wird auf die Dauer diesen Widerspruch im Offizierkorps nicht überbrücken können.

Man komme mir nicht mit dem Einwand der Meinungsfreiheit. Es handelt sich nicht um persönliche Meinungsfreiheit, sondern um politische bzw. militärische Zweckmäßigkeit. Es steht jedem frei, zu denken und zu glauben, was er will — aber jemand, der, wie ein gewisser österreichischer General, an Gespenster glaubte, sollte man nicht zum Armeekommandeur machen, oder jemand, der unbedingt darauf bestehen will, daß die Sonne sich um die Erde bewegt, nicht mit dem geographischen Unterricht beauftragen.

Die Reichswehr muß Vertrauen zum Volke haben, das Volk Vertrauen zur Reichswehr.

Wir wollen, daß die Reichswehr nicht ein gläsernes Werkzeug, sondern eine Waffe aus Stahl werden soll.

AUGUST WINNIG:

Der baltische Knoten.

MIT nicht unberechtigter Sorge verfolgt man in Deutschland die Vorgänge in Kurland und Litauen. Die Weigerung der deutschen Soldaten, das Land zu räumen, ist geeignet, eine neue unangenehme Situation zu schaffen und den Auslandskurs der deutschen Politik zu verwirren.

Ob die deutschen Soldaten mit Recht oder Unrecht auf ihrer Ansiedlung bestehen, ist heute wirklich gleichgültig. Denn was bedeutet heute Recht, wenn es auf deutscher Seite steht? Und was kommt es der anderen Seite auf ein Unrecht weniger oder mehr an? Das alles ist so gleich-

gültig. Lediglich der geschichtlichen Wahrheit wegen sei auch hier noch einmal kurz rekapituliert, wie die Sachlage in diesem Falle ist.

Die lettländische Regierung hat in einem Vertrage vom 29. Dezember 1918 den fremden Staatsangehörigen, die sich an dem Kampfe um die Befreiung Livlands und Kurlands beteiligen, das lettländische Staatsbürgerrecht versprochen. Damit war den dort kämpfenden Soldaten zugleich das Recht des Landerwerbs vertraglich versprochen worden. Denn in dem Augenblick, wo einer von ihnen lettländischer Staatsbürger wurde, hatte er auch, wie jeder Staatsbürger, das Recht auf Landerwerb nach Maßgabe der Landesgesetze. Dies Recht der deutschen Soldaten kann gar nicht bestritten werden. Aber dies Ansiedlungsrecht ist vielfach so aufgefaßt worden, als stünde den Soldaten ein vertragliches Recht auf kostenlose Landzuweisung durch die lettländische Regierung zu. Das ist nicht der Fall. Wohl aber hat die lettländische Regierung in der Zeit ihrer höchsten Not eine solche Belohnung der Soldaten mit unentgeltlich gegebenem Siedlungslande in ernsthafte Erwägung gezogen.

Es geschah das alsbald nach der Aufgabe Rigas. Am Morgen des 3. Januar fand im Gesandtschaftsgebäude zu Mitau eine Besprechung der militärischen Lage statt, an der auch die Minister Ullmann und Walter teilnahmen. Das Ergebnis der Besprechung war überaus trostlos. Einschließlich der noch regierungstreu gebliebenen lettischen Offiziere und Studenten konnten der Roten Armee, deren Gesamtstärke im baltischen Kampfabschnitt auf 20 000 Mann geschätzt wurde, etwa 600 Gewehre entgegengestellt werden. Und die gegebene Schlußfolgerung war, daß an eine erfolgreiche Verteidigung der Aaübergänge nicht zu denken sei, und daß der weitere Rückzug nach Libau in Aussicht genommen und vorbereitet werden müsse. In Libau focht man mit dem Rücken gegen die Wand. Man war sich klar, daß man sich auch dort nur dann würde halten können, wenn es gelang, rechtzeitig Verstärkungen zu erhalten. Ob und in welchem Umfange das gelingen würde, konnte man nicht übersehen, jedenfalls waren die Aussichten recht trübe. Noch am gleichen Tage ließ ich der lettischen Regierung eine Note überreichen, worin ich mich erbot, meine Bemühungen, in Deutschland Freiwillige zu finden, mit größerem Nachdruck zu betreiben, um die lettländische Regierung davor zu be-

wahren, das Land verlassen zu müssen. Ich setzte ihr darin auseinander, wie schwer das sei, und sprach die Ansicht aus, daß ein Siedlungsversprechen die Aufgabe sehr erleichtern würde. Daran schloß sich die formale Anfrage, ob die lettländische Regierung bereit sei, mit mir ernsthaft über eine Landzuweisung an die für Lettlands Befreiung kämpfenden Soldaten zu verhandeln. Die lettländische Regierung antwortete noch am gleichen Tage, daß sie die Verhandlungen sofort aufzunehmen wünsche. Am 4. Januar wurde verhandelt. Der Ministerpräsident Ullmann ging dabei über meine Vorschläge, die eine Landzuweisung von 60 bis 80 Lofstellen vorsahen, hinaus und hielt seinerseits Zuweisungen von 100 bis 120 Lofstellen (eine Lofstelle gleich 1,125 Morgen) für erforderlich. Die Frage, ob die Soldaten das Land umsonst oder gegen einen geringen Kaufpreis bekommen sollten, blieb offen; Ullmann erachtete sie für unerheblich. Dagegen hielt er es für wichtig, zunächst die Gesamtmenge des erforderlichen Siedlungslandes festzustellen. Da er besorgte, daß durch die Ansiedlung deutscher Soldaten die lettische Ansiedlung zu kurz kommen könne, so schlug ich vor, für die lettische Ansiedlung die Staatsländereien ungeschmälert zu erhalten, und die Landansprüche der Soldaten aus den Ländereien des Großgrundbesitzes zu befriedigen, der sich bekanntlich schon im Sommer 1918 zur Abtretung eines Drittels seines Landbesitzes bereit erklärt hatte. Diese Lösung stieß bei den Letten auf keine Bedenken, doch blieb damit immer noch die Frage ungelöst, für wieviel Soldaten Siedlungsland nötig sei. Die Besprechung endete damit, daß man zunächst abwarten wolle, welchen Erfolg die Freiwilligenwerbung in Deutschland hätte. Deutscherseits war man also berechtigt, auf ein tatsächliches Zugeständnis der lettischen Regierung in der Frage der Landzuweisung zu rechnen. Man hat bei der Werbung der Freiwilligen offensichtlich zuweilen aus der Hoffnung eine Gewißheit gemacht, und damit den Grund zu Ansprüchen gelegt, deren Nichterfüllung die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Baltenlande geschaffen hat.

Das ist die geschichtliche Wahrheit. Ihre Feststellung kann indessen, wie noch einmal bemerkt sei, keine praktische Bedeutung haben, da es für Deutschland ganz unerheblich ist, ob seine Ansprüche berechtigt sind oder nicht. Wir sind nun einmal die Heloten der Erde und müssen uns

schlechthin alles gefallen lassen. Von erheblich praktischer Bedeutung ist hingegen die Art, wie die Rechte der deutschen Soldaten weiter wahrgenommen werden.

Es mag für die deutschen Soldaten im Baltenlande noch so schmerzlich sein, das deutsche Interesse erfordert jetzt die möglichst schnelle Räumung dieser Gebiete. Dabei braucht man nicht nur an die angekündigten Repressalien der Verbandsmächte zu denken, obwohl wir wahrhaftig nicht in der Lage sind, derartige Ankündigungen auf die leichte Schulter nehmen zu können.

Wir können uns die Teilnahme an den noch fälligen Akten des Weltkrieges nicht mehr leisten. Unsere Klugheit sollte es uns verbieten, uns in den brodelnden russischen Hexenkessel zu stürzen. Daß sich auf russischem Boden noch manche Kriegshandlung abspielen wird, scheint heute sicherer als je. Aber wir haben wahrhaftig kein Interesse daran, an diesen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Das zu betonen, ist gegenüber jenen deutschen Politikern nötig, die es für eine unbedingte Voraussetzung unserer Wiedererstarkung halten, dem russischen Nachbar zu einer neuen Ordnung zu verhelfen. Man befürchtet, daß die Verbandsmächte auch die russische Tür besetzen und für uns schließen werden, wenn wir uns bei der Wiederordnung Rußlands ausschalten lassen. Diese Annahme ist grundfalsch. Fühlt sich die Entente berufen, nach Petersburg und Moskau zu marschieren, so mag sie es ruhig tun; wir können keine angenehmere Rolle dabei spielen als die des unbeteiligten Zuschauers. Gelingt ihr die Niederwerfung des Bolschewismus in Rußland, so wird sie sicher nicht so anspruchslos sein, sich mit dem tiefgefühlten Dank der Kolttschak und Denikin zu begnügen. Sie wird vielmehr ihren Sold durch die wirtschaftliche Knechtung des russischen Volkes beizutreiben suchen, und die dann von ihr zu erwartenden Maßnahmen werden dem russischen Volke auf das handgreiflichste zeigen, daß es wie wir zu den Besiegten des Weltkrieges gehört. Der auf beiden Völkern liegende Druck wird dann alsbald ihrer Politik die gleiche Richtung geben.

Zurzeit sieht es freilich noch nicht so aus, als ob die Verbandsmächte zu diesem Marsch nach Petersburg und Moskau besondere Eile hätten. Sie hegen berechtigte Zweifel, ob sie es ihren Völkern gegenüber noch wagen dürfen, den Krieg nach dem Osten zu tragen. Die inneren Schwierigkeiten

lassen es England heute ratsam erscheinen, zunächst noch eine abwartende Haltung einzunehmen, es bleibt nur die Frage, ob John Bull seine gierigen Pfoten nicht schon zu tief in die baltische Falle hineingesteckt hat. Auf der anderen Seite ist Trotzki endlich zu einer klügeren Politik übergegangen und hat den Randstaaten Friedensverhandlungen anbieten lassen. Ueber den Sinn dieses Angebots ist man sich wahrscheinlich auf allen Seiten klar. Selbst, wenn das Angebot aufrichtig gemeint ist, d. h. was man so aufrichtig nennt, kann es sich nur um eine durch die Umstände erzwungene vorübergehende Selbstbescheidung handeln. Innerlich denkt die Sowjetrepublik sicherlich nicht daran, auf diese Gebiete zu verzichten. Aber indem sie mit diesen Ländern Frieden schließt, glaubt sie sich damit die Verbandsmächte vom Leibe zu halten und sich mit um so größerer Kraft gegen ihre Bedränger im Süden und Osten wenden zu können.

Die Staatenkuriositäten im Baltenlande aber stehen jetzt, gerade wo ihnen Trotzki den Frieden bietet, vor einer Ungewißheit, die größer ist, als je zuvor. Nur das ist ihnen gewiß: der Traum von ihrer Selbständigkeit ist zerronnen. Sie werden selbständig genug werden, um eigene Briefmarken und eigenes Papiergeld zu führen, im übrigen aber werden sie englische Satrapen sein, bis sie die von ihrem Rausch ernüchterte Mutter Rußland unter mehr oder minder herzlichen Umarmungen wieder an ihre Brust drücken wird.

Dr. PAUL LENSCH:

Die Rache für Königgrätz.

DIE Enthüllungen, die das neue Wiener Rotbuch gebracht hat, geben über die unmittelbaren Ursachen des Krieges neue Aufschlüsse und lassen wichtige Teile der Schuldfrage in einem völlig neuem Lichte erscheinen. Für die deutsche Politik bringen sie eine moralische Entlastung, freilich, nur um sie in intellektueller Hinsicht um so schwerer zu belasten. In England wie wohl in der ganzen Welt war man der begreiflichen Ansicht, daß das Deutsche Reich, wie es im Dreibund der wirtschaftlich und militärisch stärkste Faktor war, auch der politisch führende Staat sei. Leider

war dem nicht so. Die deutsche Politik wurde in Wien gemacht. Und dort saß eine Sorte Politiker beieinander, die über die Kräfte des Deutschen Reiches vollkommen zu verfügen verstanden, „als wär's ein Stück von ihr“. In Berlin hatte Wilhelm augenscheinlich die gleichen Primaneransichten über Politik wie über Kunst und Geschichte. In dem gleichen unreifen, kitschigen Stil, der seine Reden kennzeichnete und der seinen Kunstgeschmack verriet, der überall Theaterdonner, Heldengeste und Treuschwur liebte, wurde auch sozusagen Politik gemacht. Nicht wie ein sorgender Staatsmann, der für Millionen an Menschen und für ungezählte Milliarden an Gütern sich verantwortlich fühlt, handelt der Kaiser, der bekanntlich sein eigener Reichskanzler sein wollte, sondern wie ein feudaler Kavalier, der mit „Nibelungentreue“ dem Bundesgenossen jede Unterstützung verspricht und sich im übrigen den Teufel weiter um die Geschichte kümmert.

Die Stellung Oesterreich-Ungarns im Südosten wurde von Jahr zu Jahr schwieriger und schwächer. Als nun mit dem Ausbruch der Revolution in Rußland und der Türkei die Dinge auf dem Balkan wieder in Fluß kamen, wurde auch die Wiener Politik, die bis dahin in auswärtigen Angelegenheiten fast nur passiv, jedenfalls schlaff, wenn auch zäh gewesen war, wieder lebendig, das Projekt der Sandschakbahn war das erste Zeichen einer neuen, aktiven Wiener Politik. Allein gerade in dem Bemühen oder auch in dem Zwang, wieder aktive Weltpolitik zu machen, war Oesterreich-Ungarn völlig auf Deutschlands Unterstützung angewiesen und man begreift, daß die österreichischen Staatsmänner mit nicht gerade angenehmen Gefühlen die hilflose Lage ihres eigenen Landes mit der stets zunehmenden Kraft des norddeutschen „Emporkömmlings“ verglichen. Die alten in Wien und in Budapest maßgebenden Adelsgeschlechter polnischer, ungarischer, tschechischer, deutscher und internationaler Abstammung hatten die Traditionen der alten Habsburgmacht nie vergessen und innerlich wohl nie ein Ressentiment gegen den zwar nützlichen aber nicht gerade geliebten Bundesbruder an der Spree überwunden. Man wird den Eindruck nicht los, daß unter der frischen Brise, die die schlaffen Segel der österreichischen Auslandspolitik mit dem Sandschakbahnprojekt wieder zu füllen begann, in den Kreisen der österreichischen Diplomatie die Stimmung hochkam, jetzt

sei die Gelegenheit gekommen, dem alten Habsburg die ihm zukommende Weltmachtstellung wieder zu verschaffen. Dafür die Hauptlast zu tragen, sei das Deutsche Reich gerade gut genug. So etwas wie eine nachträgliche Revanche für Königgrätz steckt in dieser tückisch-hinterhältigen Politik des Grafen Berchtold, der sich für den Mann des Schicksals hielt und von sich sagte, er habe das Gefühl, von der Vorsehung dazu ausersehen zu sein, sich den Ministern, die Friedenspolitik treiben wollten und Kriegspolitik machen mußten — von Kardinal Fleury bis Lambsdorff — anzuschließen, hoffentlich mit mehr Erfolg als der letzte Exponent dieser Richtung.

Daß Graf Berchtold die Gelegenheit benutzen wollte, um die südslawische Gefahr radikal zu beseitigen, war an sich verständlich, denn die serbische Agitation rührte in der Tat an den Lebensnerv oder vielleicht an einen der vielen Lebensnerven des alten Staates. Aber es war kennzeichnend für die neue „von der Vorsehung ausersehene“ Diplomatie Wiens, daß sie für diesen Zweck kein anderes Mittel wußte als den Krieg. Mit den Waffen einer Kulturmacht zu kämpfen, die in den Händen einer Großmacht dem kleinen Zwergstaat Serbien gegenüber schließlich von unwiderstehlicher Wucht sein mußten, auf diesen Gedanken war man augenscheinlich in Wien überhaupt nicht gekommen. Man wollte „Weltpolitik“ treiben, bis zum Aegäischen Meere vorstoßen, die Verhältnisse auf dem Balkan endgültig im österreichischen Sinne lösen, ehe Rußland soweit wäre, die Früchte seiner auf lange Sicht berechneten Politik zu pflücken. Und für diese rein österreichische Politik brauchte man den Bruder aus Nordland. Mit einem Raffinement, das nur durch die Berliner Dummheit übertroffen wird, verstand es Graf Berchtold, Deutschland vor den österreichischen Wagen zu spannen, den Krieg gegen Serbien systematisch herbeizuführen und gleichzeitig den Schein zu erwecken, als sitze der eigentliche Kriegstreiber in Berlin. In Wirklichkeit kannte Graf Berchtold nur zwei Gefahren: den Friedenswillen Deutschlands und den Friedenswillen Englands. Beide Klippen hat er sorgsam umschifft. Durch Lügen, Zaudern und Uebereilen hat er den Krieg, den er wollte, hervorgerufen. Die Kriegserklärung an Serbien wurde dem altersschwachen Franz Joseph durch eine zielbewußte Lüge abgelistet, genau so wie man in Petersburg dem Zaren durch eine Lüge den

Befehl zur Mobilmachung abgelistet hat. Den Text der Note an die serbische Regierung hat man der deutschen Regierung erst mitgeteilt, als es zu einer Beeinflussung zu spät war. Auf den englischen Vorschlag vom 29. Juli, der eine Konferenz der vier am Konflikt nicht beteiligten Großmächte vorschlug, war von Wien niemals eine Antwort erfolgt, trotzdem die deutsche Regierung diesen Vorschlag sofort nach Wien weitergegeben und dort durch ihren Vertreter „dringend und nachdrücklichst“ zur Annahme empfohlen hatte. Oesterreich war während der Weltkatastrophe in Berlin durch einen Diplomaten vertreten von einem ähnlichen Kaliber wie Deutschland in Petersburg. Ein hochfeudaler Trottel, der seine Sinne nicht mehr recht beieinander hatte. Diesem Grafen Szögiény passierte bei der Uebermittlung der entscheidenden Depesche an der entscheidenden Stelle ein entscheidender „kleiner Irrtum“. In Wien wußte man schon lange von der geistigen Unterwertigkeit dieses hochfeudalen Diplomaten, aber man ließ ihn ruhig an seinem Platze. Vielleicht wollten die gerissenen Voltschläger in Wien sich den senilen Schwachsinn dieses Mannes zunutze machen. Jedenfalls erkannte Graf Berchtold in Wien sofort den Irrtum Szögiénys, er verbesserte das Telegramm eigenhändig, hielt aber die Antwort noch um fast zwei Tage zurück und beantwortete dann nicht etwa den wirklichen englischen Vorschlag, sondern den durch Szögiénys „kleinen Irrtum“ entstandenen irrealen Vorschlag. In der Zwischenzeit fragte England immer wieder in Berlin an, was Oesterreich geantwortet habe, erhielt aber der Wahrheit gemäß immer nur die Auskunft, es habe noch gar nicht geantwortet und auch auf wiederholte dringliche Anfragen geschwiegen. Da nun England in Deutschland die politische Vormacht des Dreibundes erblickte und als selbsterständlich annahm, daß Oesterreich nur mit deutscher Einwilligung handle, so mußte England das deutsche Verhalten als eine elende Doppelzüngigkeit auffassen. Diese Ansicht hat in England bis zur Stunde vorgehalten und mit ihr ist bekanntlich die ganze Welt vergiftet und gegen Deutschland systematisch aufgehetzt worden.

Mit dieser Legende von der deutschen Schuld ist es nunmehr aus. Was man der deutschen Diplomatie zum Vorwurf machen kann, ist nicht Hinterlist, sondern im Gegenteil Einfalt, nicht geschäftige Kriegshetze, sondern eine ver-

hängnisvolle Passivität, die den „Bundesgenossen“ eine allgemeine Vollmacht gibt, weil sie gerade durch ihre „Nibelungentreue“ glaubt, den Krieg vermeiden zu können, und die erst im letzten Augenblick merkt, daß der teure Bundesbruder seinerseits gar nicht daran denkt, den Krieg zu vermeiden, sondern ihn mit allen Finessen herbeiführen will. Die deutsche Spekulation, durch festes Auftreten und entschlossene Unterstützung der österreichischen Politik Rußland von einem Eingreifen fernzuhalten, und so den allgemeinen Krieg zu verhindern, schlug an der Gesamtmobilmachung Rußlands fehl. Oesterreich hatte bereits die russischen Divisionen im Lande, ehe es an Belgrad denken konnte. Die „überraschende Besetzung Belgrads“, mit der man im Juli schnell die Sache erledigen zu können glaubte — die Aufteilung Serbiens bis auf einen kleinen Rest an Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Albanien sollte folgen — erwies sich bei der traditionellen Schlamperei Oesterreichs natürlich als unmöglich. So rutschte Deutschland in den Krieg, es wußte selber nicht wie. Altösterreich hatte seine Revanche für Sadowa.

Wir haben die „Schuldfrage“ immer für eine ziemlich untergeordnete Sache betrachtet. Einmal liegt das zu ihrer „Lösung“ unentbehrliche Material nicht vor, und solange die deutschen und die Ententearchive nicht geöffnet sind, besteht keine Aussicht, es vollständig beieinander zu haben. Solange die heutigen Ententeregierungen nicht gestürzt sind, ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß es jemals zusammen kommen wird. Sodann aber führt die „Schuldfrage“ gar zu leicht von den großen welthistorischen Zusammenhängen ab, in deren Lichte die Frage von „Schuld“ und „Sühne“ immer einen komischen Beigeschmack bekommt, wie jene Szene des seinen Bakel schwingenden strengen Magisters, vor dem die zitternden Kinder stehen und ausrufen: Herr Lehrer, ich bins ganz wahrhaftig nicht gewesen! Allein die Welt ist nun einmal angefüllt von dem Schuldgeschrei, die Entente hat ihre eigene Kriegführung nicht anders rechtfertigen können als durch die Legende von der deutschen Schuld am Kriege. Auf Oesterreich kam es ihr nicht an, Oesterreich war weder zu fürchten noch war von ihm etwas zu holen. Aber Deutschland war der Feind. Schon seit Anfang des Jahrhunderts hatte England, wie der erste Lord der Admiralität, Lord Fisher in der „Times“ erzählte, seine

Flottenpolitik mit den Mitteln der Täuschung und der Spionage auf den Gedanken der Vernichtung der deutschen Seemacht aufgebaut, seit mehr denn zwei Jahrzehnten hatte die einflußreichste englische Presse systematisch Haß und Verachtung gegen Deutschland gepredigt, so daß zu Beginn des Krieges Lord Northcliffe stolz erklären konnte, er habe diesen Krieg vorbereitet. Der schamlose Raub an Deutschlands Kolonien, bei dem Englands Eroberungssucht wiederum nackt hervortrat, die barbarische Kriegführung gegen deutsche Kinder und Frauen, die mit ungezählten Millionen und Milliarden betriebene Verhetzung der Völker gegeneinander, die nur dem Imperialismus zugute kommen konnte, sie wurde stets begründet und gerechtfertigt mit dem Wort: Deutschland hat den Krieg angefangen. Jetzt ist alles das aus. Die Entente muß eingestehen, daß die Dinge nicht so liegen, wie sie der Welt jahrelang erzählt hat und wie sie ohne Frage selber geglaubt hat. Sie muß ihren Irrtum eingestehen. Damit aber fällt die moralische Rechtfertigung aller ihrer Annexionen, Barbareien und Raubzüge weg, denn alles das waren ja nur ebenso viele „Bestrafungen“ moralisch minderwertiger „Verbrecher“. Ein solches Eingeständnis aber kann die Entente nie machen. Deshalb, so fürchten wir, wird sie das österreichische Rotbuch als eine völlig belanglose Veröffentlichung hinstellen, die an den Tatsachen nicht das geringste ändert.

Freilich wird es auf die Dauer nicht gelingen, den Sonnenaufgang mit Khakimänteln zu verhängen. Die moralische Reaktion aber wird dann furchtbar werden, denn mit der Rechtfertigung Deutschlands, zum mindesten mit der Wiederherstellung seiner bona fides stürzt das ganze moralische Gebäude der Entente, ihre Psychologie in der Kriegszeit und noch heute, sowie ihre Rechtfertigung vor sich selber zusammen. Denn ihre eigene Moralität bedurfte der gegnerischen Unmoralität, und besonders bei so im guten Sinne sentimental Völkern wie es Engländer und Amerikaner sind. Gleichzeitig können diese Völker aber auch auf ihre eigene bona fides hinweisen. War die Haltung der deutschen Diplomatie wirklich so, wie sie nach den Berichten des österreichischen Rotbuches in England erscheinen mußte, so war sie allerdings doppelzünftig und entschieden kriegerisch. In Deutschland hat man, weil man von dem Charakter des Krieges als eines Verteidigungskrieges ebenso fest über-

zeugt war wie von der eigenen Friedfertigkeit, in dem moralischen Entrüstungsgeschrei der Entente eine perfide Heuchelei und Kriegslist erblickt, an die kein ehrlicher Mensch in England oder Amerika glauben könne. Heute erscheint auch das anders. Auch hier ist die bona fides nachgewiesen.

Mit alledem ist keineswegs Deutschlands völlige Schuldlosigkeit am Kriege erwiesen. Deutschland ist an ihm so schuldig, wie es England ist, das es unterließ, nach Rußland eine entschiedene Warnung zu senden, wodurch der Krieg wahrscheinlich noch zu vermeiden gewesen wäre. Aber gerade durch die allseitige Kriegsschuld und die gleichzeitige allseitige bona fides ist eine wesentliche Voraussetzung für die enge Verknüpfung der abendländischen Nationen gegeben. Diese Verknüpfung wird kommen, so sehr auch die jetzt noch in der Entente herrschenden imperialistischen Cliquen ein Interesse daran haben, die Völkerhetze weiter zu treiben. Bisher wenigstens hat die Entente, die sich den Hals wund schreit nach der Auslieferung Wilhelms II., noch nie den Wunsch nach der Auslieferung des Grafen Berchtold ausgesprochen. Berchtold lebt, wenn wir nicht irren, bei dem Exkaiser Karl in der Schweiz. Mit diesem Karl aber hat man in gewissen Ententekreisen noch große Dinge vor. Man spart ihn sich für eine mögliche Restauration auf, wenn nicht in Wien, so in Berlin; denn es ist klar, daß den kapitalistischen oligarchischen Regierungen in London wie in Paris die Existenz eines sozialistisch-republikanischen Deutschland im Grunde tief zuwider ist, da sie auf die arbeitenden Klassen ihres eigenen Landes wie eine stete Aufreizung wirken muß. Eine monarchistische Restauration von Ententegnaden liegt also völlig in der Gedankenrichtung dieser Kreise.

Aber wir denken, es stehen bereits die Füße der Männer vor der Tür, die diese Clémenceau und Lloyd George hinausragen werden.

MAX QUARCK, M. d. N.:

Schulkämpfe und Verfassung.

DIE Schulabstimmung, die kürzlich in der Hauptstadt *Bayerns* stattfand, hätte bei stärkerer politischer Bildung des deutschen Volkes noch weit mehr berechtigtes Aufsehen machen müssen, als sie es ohnehin getan hat. Denn man überlege einmal: bereits 1901, also vor 18 Jahren, wurde dort auf sozialdemokratischen Antrag eine Probeabstimmung für die *Simultanschule*, die bekanntlich Religionsunterricht aller Konfessionen gibt und infolgedessen Lehrer und Schüler aller Konfessionen vereinigt, und zwischen der *Konfessionsschule* veranstaltet, die nur Lehrer und Kinder einer Konfession zusammenbringt. Damals stimmten von 52 000 Schülern insgesamt 12 000 für die liberalere Simultanschule und 40 000 für die mehr kirchliche Konfessionsschule. Das war aber unter der Monarchie und der saftigsten Vollherrschaft des Zentrums. Inzwischen sind bis zum Krieg 13 Jahre raschen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs auch für München über die Bevölkerung gegangen, also auch 13 Jahre weiterer sozialdemokratischer Arbeit. Dann ist der Krieg mit seinen gottlosen Verheerungen, dem Versagen aller Gebete und dem Sieg der kirchenfeindlichen Mächte, wie Frankreichs, oder der religionspolitisch ganz gleichgültigen, wie England und Amerika, gekommen und in seiner Folge die deutsche Arbeiterrevolution nach der russischen. *München* im besonderen hat in den dreiviertel Jahren seit der deutschen Niederlage die blutigste Räterepublik in Deutschland und die radikalsten Strömungen gesehen unter einem Freigeist, wie es Eisner war. Und nun erreicht es bei einer einfachen Schulabstimmung noch nicht einmal wieder das Verhältnis von 1901, wo wenigstens mehr als ein Fünftel für die duldsamere Simultanschule stimmten! Nein; diesmal wurden von 67 220 Schülern insgesamt wieder nur 15 000 Stimmen für die Simultanschule, 52 200 aber für die katholische Konfessionsschule abgegeben, und 23 000 Eltern waren zu gleichgültig oder scheuten sich überhaupt abzustimmen. Die Stimmverhältnisse sind also in den 18 Jahren aller Lehren der Weltgeschichte zum Trotz noch viel schlechter geworden! Nur müssen allerdings jetzt nach der Abstimmung wenigstens soviel simultane Schulklassen

ingerichtet werden, als im Verhältnis Stimmen abgegeben wurden und nicht vorhanden sind, nämlich etwa 376. Das ist der Gewinn der neuen Zeit und der neuen Schulbestimmungen gegen das Jahr 1901. Aber die große Mehrheit der Münchener Schulen, nämlich 51 auf 62, bleiben konfessionell.

Von den zahlreichen praktisch höchst wichtigen Schlüssen, die sich aus dieser Feststellung aufdrängen, sollen hier nur einige gezogen werden. Der nächstliegende ist wohl der, daß gerade der roheste Radikalismus noch lange keine politische und geistige Förderung des von ihm Versorgten zu bedeuten braucht. Man kann offenbar Spartakist und fleibiger Kirchenbesucher zugleich sein. Das aber leitet zu der weiteren und praktisch wichtigeren Folgerung, daß große Massen der Hauptstädte des 19. Jahrhunderts, und zwar sicher nicht bloß in Deutschland, noch keine Ahnung davon haben, wie ihre *soziale Besserstellung*, wenigstens wenn sie dauernd sein soll, *bedingt ist durch ihre freiere und von staatlicher oder kirchlicher Gängelei unabhängige Bildung*.

Damit wird gar nichts gegen die Pflege der Religion als Weltanschauung gesagt; diese kann gerade auch in den Zeitumständen besonders tief begründet und berechtigt sein, abgesehen davon, daß jede Menschenseele eine Regung nach der Seite irgendeiner Weltanschauung hat; einer grob materiellen oder einer seelisch über die Gegenwart erhobenen. Also kein Kultur- oder Religionskampf! Es soll nur gesagt sein, daß, *wer sich dauernd wirtschaftlich besserstellen will, der eigene Herr seiner Bildung und seines Wollens sein muß* und sich durch Nichts bestimmen lassen darf, als durch seine eigene, auf den Bedürfnissen seiner Klasse und möglichst der Gesellschaft und seinem Wissen davon beruhende Ueberzeugung.

Nun war kürzlich Gelegenheit bei der Ausarbeitung der neuen deutschen Reichsverfassung, die Bildungs- und Schulverhältnisse in Deutschland volkstümlicher, freier und solider für die große Menge zu gestalten, als sie bisher leider waren. Dabei zeigte es sich aber, daß eine Befreiung der deutschen Volksbildung von kirchlicher Beeinflussung deshalb nicht gelang, weil die alten Bestandteile der bürgerlichen Parteien, welche mehr oder weniger Gegner der Novemberrevolution von 1918 sind, jene Befreiung nicht wollten. Die Mehrheitssozialisten beantragten, aus der deut-

schen *Schule eine rein weltliche zu machen*. Das sollte aber nun etwa keine Schule werden, in der die Kinder nichts mehr von Religion hören durften. Im Gegenteil: die schönsten Sittenlehren über kameradschaftliches Gemeinschaftsleben sollten aus allen Religionen zusammengefaßt und den Kindern eingeprägt werden im staatsbürgerlichen Unterricht. Nur die *kirchlichen Besonderheiten* und Uebungen des katholischen, protestantischen oder jüdischen Glaubens sollten auch nicht etwa beseitigt, sondern nur den betreffenden Religionsgesellschaften zur Pflege überlassen werden, so daß also Schule und Kirche, *jede vor ihnen selbständig und frei nebeneinander*, anstatt die Schule unter der Kirche arbeiten sollten. Die Kirchen hätten ihren konfessionellen Religionsunterricht selbst gegeben und damit soviel Gläubige gewinnen können, als sie wollten und vermochten. Die Schule aber hätte den gesellschaftlich-sittlichen Gewinn aller Religionen im staatsbürgerlichen Unterricht für die Erziehung des Nachwuchses nutzbar gemacht.

Gegen diese Befreiung der Kirchen und der Schule zugleich erhoben sich *alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme* mit dem Erfolg, daß aus der freien Schule nichts wurde. Als Muster für ihr Verhalten sei dasjenige der bürgerlichen Parteigruppe angeführt, die noch am weitesten fortgeschritten ist, der bürgerlichen Demokratie, genannt „Deutsche Demokratische Partei“. Auch diese Partei stimmte mit allen übrigen bürgerlichen am 4. April dieses Jahres im Weimarer Verfassungsausschuß dafür, daß der *kirchlich-konfessionelle Religionsunterricht*, trotzdem der gemeinsame staatsbürgerliche Sittenunterricht längst beschlossene Sache war, „*ordentlicher Lehrgegenstand*“ der *Volksschule bleiben soll*, und zwar hübsch nach Kirchen getrennt, sowie, daß er „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaften“ erteilt werden müsse. Daß Zentrum und Konservative mit ganzem Herzen bei dieser Abstimmung waren und die Mehrheit gegen die Sozialisten bilden halfen, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Ebenso tat die Deutsche Volkspartei anfangs Juni an derselben Stelle dem Zentrum den großen Gefallen, auch *die älteste Form der kirchlichen Konfessionsschule wieder in die neue republikanische Verfassung hinein zu bringen*. Die bürgerliche Demokratie modelte einen dahin zielenden Zentrumsantrag dahin um, daß nach besonderen Reichs- oder

Landesgesetzen Kinder des gleichen kirchlichen Bekenntnisses in Extraschulen vereinigt, das heißt also abgesondert werden könnten, und zwar auf Antrag ihrer Eltern, für deren sachliche Belehrung über dieses Verhältnis von Kirche und Schule aber keinerlei gesetzliche Vorkehrungen getroffen wurden.

So stehen die beiden veralteten Vorschriften jetzt glücklich im Artikel 146 und 149 der seit 11. August eingeführten republikanischen Reichsverfassung. Und die Münchener Abstimmung ist die erste praktische Probe darauf gewesen, wie unbelehrt die weitesten Volkskreise selbst sehr revolutionär gewesener deutscher Hauptstädte in dieser ihrer wichtigsten Lebensfrage noch sind.

Zur Abrundung des nichts weniger als schönen Bildes gehört noch zweierlei. Dieselben liberalen Parteien, die solche Zurückgebliebenheiten gegen die Sozialisten in die neue Verfassung bringen halfen, haben es wenige Wochen nach ihren geschilderten Leistungen fertig gebracht, einen großen Lärm darüber anzuschlagen, daß das von ihnen in den Schulsattel gehobene Zentrum auf dem Scheine bestand, den ihm die Herren selbst in die Hand gedrückt hatten und von dem es sich bei solchen Mehrheitsverhältnissen nunmehr auch von den Sozialisten nichts mehr abhandeln ließ. Und das weitere: für die wenig fortschrittlichen Beschlüsse der bürgerlichen Parteien ist unter anderem auch der Geldstandpunkt ganz wesentlich gewesen. Eine ihrer liberalen Leuchten, der bekannte Professor von Harnack-Berlin, bestätigte dies ausdrücklich in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 4. April. Er meinte: nach dem Wortlaut des sozialistischen Antrags hätten die Religionsgesellschaften ihren Religionsunterricht nun „auch voll und ganz zu bezahlen“; das bedeute aber eine „Verelendung“ der Kirche, wenn nicht mindestens einstweilen der Staat oder die Gemeinden die Kosten zu tragen hätten!

So wurde also wirklich die Kostenfrage unter anderem mit ausschlaggebend dafür, daß die Schule den konfessionellen Religionsunterricht weiter erteilen muß, daß Lehrer und Schüler konfessionell getrennt und einseitigt werden können, daß kirchlich-konfessioneller Einfluß in der Schule bleibt, und daß die Konfessionskirchen doch von jeder Ausgabe verschont bleiben, ihren großen Einfluß in der Schule also **auch** weiter *sehr billig* genießen.

Ob bei und vor der Abstimmung in München den Schul-
eltern aus dem Volke alle diese Dinge klar und deutlich
bekannt gemacht wurden, wissen wir nicht. Wir wissen nur,
daß die katholischen Geistlichen von der Kanzel und in
Versammlungen einen wüsten Kampf für die „angeblich be-
drohte Religion“ nach alten bewährten Mustern geführt haben.
Dabei war nach allem obigen von einer Bedrohung der
Religion auch nicht im entferntesten die Rede. Und etwas
weiteres ist noch klarer: wenn sich das deutsche Volk mit
der Entstehung seiner Verfassung, mit ihren Einzelbestimmun-
gen und ihrer Tragweite zum Beispiel gerade für die Volks-
schule *nicht bald besser bekannt und vertraut macht*, so
werden nicht militärische und bürgerliche Reaktion, sondern
seine eigene Unaufgeklärtheit, wie das Münchener Beispiel
zeigt, seiner neu gewonnenen Freiheit und sozialen Hebung
den größten Schaden zufügen.

GUIDO KNÖRZER:

Zivildienstpflicht statt Militärdienstpflicht.

IN jedem sozialistischen Programm ist die Verrichtung der
notwendigen Arbeiten für das bestmögliche Funktionieren
des Gesellschaftsorganismus durch gleichmäßige, obliga-
torische, staatlich geregelte Arbeit aller Mitglieder vorge-
sehen. Sozialisten und Kommunisten verfolgen dasselbe
Ziel und trennen sich nur in der Wahl der Mittel. Das mo-
derne kommunistische Prinzip fordert sofortige, radikale und
gewaltsame Einführung des neuen Systems, ein im utopischen
Idealismus begründetes Bestreben, das an der rauhen Wirk-
lichkeit der geschichtlich gewordenen Tatsachen und an der
auf Entwicklung des Organischen eingestellten Wesensnatur
des Lebens selbst immer wieder scheitern muß. Dagegen
sucht das moderne sozialistische Prinzip gerade dieser von der
Natur mit unumstößlichen Gesetzen vorgeschriebenen orga-
nischen Entwicklung gerecht zu werden. Die allgemeine
Wehrpflicht hat stets mit Recht als eine sozialistische Ein-
richtung gegolten und wäre es auch ohne Einschränkung
gewesen, wenn nicht die Kastenstellung des Offizierkorps und
die Einjährigenberechtigung das Prinzip durchbrochen hätten.
Heute ist die sozialistische allgemeine Wehrpflicht in Deutsch-

land abgeschafft, während sie im kommunistischen Rußland besteht. Für die soziale deutsche Republik sollte es jedoch naheliegen, an Stelle der zweijährigen Militärdienstpflicht als eine in noch weit höherem Maße sozialistische Institution die ein-, zwei- oder dreijährige Zivildienstpflicht einzuführen.

Ein Vergleich mit der im Kriege eingeführten Zivildienstpflicht muß dabei in Wegfall kommen, da es sich im Kriege nur um Arbeit zu Kriegszwecken handelte, während jetzt ausschließlich die eigentliche Friedensarbeit der staatlichen Gemeinschaft in Frage steht. Das zielbewußt zu verfolgende Prinzip der organischen Entwicklung verlangt dabei, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Arbeitsweise allmählich und unter vorläufiger Mitbenutzung der brauchbaren unter den bestehenden Einrichtungen vollzogen wird. Wenn sofort mit Einführung der allgemeinen Zivildienstpflicht die Gesamtheit der für die Gemeinschaft zu verrichtenden Arbeitsmengen in den Betrieb der Zivildienstpflichtigen übernommen würde, so müßten unausgleichbare Stockungen des Wirtschaftslebens durch einzelne mißlingende Experimente, durch Mißverständnisse und Unzufriedenheit, durch Ueberorganisation auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite eintreten. Praktischerweise ist also zunächst und auf absehbare Zeit nur ein Teil, sei es nun ein Drittel, ein Fünftel oder ein Zehntel der Gesamtarbeit, durch Zivildienstpflicht auszuführen. Mit zunehmender Sicherheit im Betriebe kann methodisch gesteigert werden, bis die soziale Gemeinschaft, deren Form und Ausdruck wir mit „Gemeinde“, „Staat“, „Völkerbund“, bei letzterem allerdings vorläufig nur dem Wunsche nach, bezeichnen, im Verlauf von Generationen das ganze Gebiet restlos umfaßt. Dazu gehört freilich Geduld, Methodik, geschichtlicher und praktischer Sinn, sowie Disziplin, lauter Tugenden, die in der Zeit nach einem Weltkriege noch nie in der Weltgeschichte alsbald mit erfreulicher Stärke aufgetreten sind. Heute hat jedoch der wissenschaftliche Sozialismus, und nur der evolutionäre kann überhaupt als wissenschaftlich bezeichnet werden, während der spezifisch-terroristische das Temperament an die Stelle der Vernunft setzt, — so gut vorgearbeitet, daß wir annehmen können, mit der Annäherung an die Wende des zweiten und dritten Jahrtausends unserer leider immer noch christlichen Zeitrechnung endlich zur Er-

fassung des praktischen und ideellen Inhalts des Sozialismus und damit zur Betätigung seiner Lebensauffassung in Arbeit und Arbeitsorganisation fähig zu werden. Nur dann und auf diese Weise ist der Eintritt in den neuen Abschnitt der Menschheitsgeschichte zu vollziehen, den Marx in seiner ungestümen Sehnsucht uns vorgezeichnet hat. Das Ziel bleibt und eröffnet sogar die Aussicht auf neue und weitere Horizonte durch stärkere Betonung des über dem sozialen stehenden kulturellen Moments, aber der Weg sieht 1919 etwas anders aus als 70 Jahre früher.

Die soziale Zivildienstpflicht soll also zunächst nur einen entwicklungsfähigen Grundstock für die gemeinschaftliche (staatliche) Gesamtarbeitsleistung in ihren verschiedenen Gebieten herstellen. Das Einvernehmen der Zivildienstarbeiter und ihrer Leistung mit der Arbeit und den Interessen der heutigen Berufsarbeiterschaft ist Sache der staatlichen und gewerkschaftlichen Organisation. Es muß einerseits Konkurrenz und „dumping“, andererseits verfehltes agitatorisches Geschrei über angeblich unsozialen Arbeitszwang vermieden werden. Ein Streikrecht kann für den Zivildienstpflichtigen aus den Grundsätzen des Sozialismus ebensowenig herausgefunden werden, als etwa für einen Militärdienstpflichtigen. Der freie Arbeiter in freier Gewerkschaft verfügt frei über seine Arbeitskraft und sein Streikrecht; während seiner zwei Zivildienstjahre ist jedoch kein Dienstpflichtiger „freier“ Arbeiter, sondern durch das höhere Interesse der Gemeinschaft ebenso gebunden wie der Soldat. Es könnte sogar eine dem Fahneneid entsprechende formale Verpflichtung in Erwägung gezogen werden. Ich will übrigens an dieser Stelle hinzufügen, daß der ganze Plan der Zivildienstpflicht selbstverständlich noch nicht als ein abgerundetes Ganzes, sondern nur als eine ernsthafte Anregung aufgestellt wird, die sorgfältige und vielseitige Untersuchung und Ausarbeitung, aber in Anbetracht der Zeitverhältnisse auch schnelle, praktische Förderung verlangt.

Wenn ich auf einige Einzelheiten, die allein ein anschauliches Bild der Sache geben können, eingehe, so setze ich voran, daß durch die Zivildienstpflichtigen nur *Handarbeit* zu verrichten ist. Bereits die *Bureauarbeiten* der Arbeitergruppen sind durch gewerkschaftliche Angestellte zu versehen, denn sonst würden sich umgehend Pffiffige finden, die

sich einen angenehmen Schreiberposten zu verschaffen wissen, um sich von der schwereren Arbeit mit Hand und Werkzeug zu drücken. Die Zivildienstpflichtigen beziehen eine der militärischen entsprechende, aber unbedingt gleichmäßige Löhnung. Die Zahlung normaler Arbeiterlöhne kommt dabei für die Staatskasse ebenso wenig in Frage, wie früher für einen Militärdienstpflichtigen. Der mit etwa 22 Lebensjahren aus der Zivildienstpflicht Entlassene wird dann als freier Arbeiter mit Recht einen hohen Arbeitslohn beanspruchen und finden; als Zivildienstpflichtigem steht ihm ein solcher nicht zu, zumal der Staat die weitestgehende Fürsorge für sein leibliches und geistiges Wohl verfassungsmäßig übernimmt. Die Frauen sind nach Fug und Recht genau ebenso zur Arbeitsdienstzeit verpflichtet, wie die Männer. Die moderne Frau wird selbst verlangen, am staatlichen Ehrenarbeitsdienst teilzunehmen, und die altmodische wird trotz Zeter und Mordio gut daran tun, ihre Töchter von vornherein so zu erziehen, daß ihnen die Zivildienstpflicht nicht „auf die Nerven“ geht. Dies für die Damen aus Bürgerkreisen! Für sittliche und hygienische Aufsicht und Arbeitszuteilung usw. sorgt die Gewerkschaft, wobei der neu entstehende Gemeinsinn sich auf das schönste betätigen kann.

Die Vorteile, die sich aus der Zivildienstpflicht ergeben, sind so augenfällig und gewaltig, daß die von rechts und links erhobenen Klagen und Bedenken nicht als Hinderungsgründe für die Durchbiegung der Sache gelten können. Die wirtschaftlichen Vorteile einer billigen und gesicherten Arbeitsleistung für den Staat kommen indirekt jedem einzelnen und jeder Familie ebenso zustatten wie der Gesamtheit. Der offenkundige Fortschritt in der sozialen Gerechtigkeit verleiht der Zivildienstpflicht die Bedeutung einer bahnbrechenden, endlich in dunkler Zeit lichtschaaffenden sozialen Tat, deren Wert auch jenseits aller politischen und geographischen Grenzen anerkannt werden muß. Nicht zu unterschätzen, und zwar gerade in dieser durch die Begleiterscheinungen des Weltkriegs tief korrupten Zeit, ist die sittliche Bedeutung der neuen Einrichtung. Vom früheren Militärdienst konnte mit beschränktem Recht gesagt werden, daß er ein wertvoller Faktor zur Volkserziehung sei; für den gemeinsamen Arbeitsdienst aller Reichsbürger und Reichsbürgerinnen gewinnt dieses Wort weit größere Berechtigung. Die erzieherischen Werte der allgemeinen Zivildienstpflicht

werden sich bereits darin fühlbar machen, daß die Kinder der heutigen Bourgeoisie, deren Proletarisierung durch eine „Diktatur des Proletariats“ Wahnsinn und ein Verbrechen an der Menschheit wäre, schon bevor sie das dienstpflichtige Alter erreichen, in Haus und Schule eine vorbereitende soziale Erziehung genießen werden, die auch den Sohn eines Großkaufmanns körperlich zur körperlichen Dienstleistung stählt und geistig lehrt, Klassenunterschiede Stück für Stück, Fetzen für Fetzen zugunsten des Gemeinnsinns und des allein entscheidenden Wertes der sittlichen Persönlichkeit zu vergessen. Uebrigens soll nicht übersehen werden, daß durch die Zivildienstarbeit endlich auch ein praktischer Anfang mit der Abtragung der Kriegsschulden, die ja nur von gesteigerter Arbeit abhängt, gemacht würde. Dasselbe gilt für den Neuaufbau des Vaterlands, zu dem bisher viel Theorie beigesteuert, aber noch wenig greifbar Positives geleistet wurde.

Die Einführung der Zivildienstpflicht ist die Grundsteinlegung für den sozialen Bau der Neuordnung der menschlichen Gesellschaft. Da ihre Bedeutung weit über den Rahmen des Nationalen hinausgehen würde, müßten andere Nationen folgen, auf diesem wie auf anderen sozialen Gebieten. Die Durchführung der Einheitsschule, die jetzt durch die leider fast allmächtige ultramontane Partei in Deutschland verhindert wurde, würde folgen müssen. Bisher ist noch jeder praktische Versuch zur Sozialisierung der Wirtschaft in größerem Stile gescheitert. Es wird weiter so gehen mit der Sozialisierung der Finanzen und des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Es ist ein Irrtum, daß man die Wirtschaft durch ein Gesetz, wie aus sich selbst heraus, sozialisieren könne! Es muß vielmehr mit den Menschen selbst, mit den Produzierenden statt mit den Produktionsmitteln und Produktionserzeugnissen, angefangen werden, wenn diese Einsicht auch heute in manchen harten, auf seine Doktrin eingeschworenen Schädel noch nicht hinein will! Hier ist ein praktischer Weg zur Sozialisierung geboten. Er führt durch die Arbeit und durch die Erziehung zur Arbeit schließlich zur Gemeinschaftlichkeit im besten Sinne des Wortes.

Unsere Zeit lebt in der brodelnden Unruhe eines von Stürmen heimgesuchten Meeres. Wer Oel in die Wogen

gießen will, um das Schiff, dessen Steuer ihm anvertraut ist, zu retten, möge es tun, bevor es zu spät ist! Die Zivildienstpflicht ist eine dringende soziale Notwendigkeit; das Prinzip steht fest, die Form muß rechtzeitig gefunden werden. Auf diese Weise kann, bevor bolschewistische Hochflut oder reaktionäre Verebbung die geistig schaffenden Kräfte lähmen und uns den sozialen und kulturellen Rückschritt auf lange hinaus aufzuzwingen, der Sozialismus auf die gesunde Bahn des erkennbaren methodischen Fortschrittes geführt werden.

Dr. J. P. BUSS:

Novemberbuben und junge Sozialisten.

DER Begriff „Novembersozialisten“, mit dem heute von verschiedenen Parteigruppen in freigiebiger Weise operiert wird, gehört zu dem Inventar der deutschen Revolutionsideologie. Novembersozialist ist der ironisierte Ausdruck für jene Elastizität der politischen Denkung und des Charakters, die es bei Ausbruch der deutschen Revolution gewissen Leuten gestattete, sich über Nacht aus einem getreuen Diener der alten Firma in einen lauten Gönner der sozialistischen Republik zu verwandeln. Wer aus Spekulations- oder Modegründen am 9. November sein sozialistisches Herz entdeckt hat, wer sich von diesem Zeitpunkt ab plötzlich für die Diktatur des Proletariats und die Vollsozialisierung eifert hat, ohne sich vorher auch nur im geringsten gefühlsmäßig oder gedanklich mit der Vorstellungswelt des Sozialismus vertraut gemacht zu haben, für den wiegt das Maß der Verächtlichkeit, das dem Ausdruck Novembersozialist anhaftet, noch zu leicht. Daß man eine ganz beträchtliche Zahl der seit der deutschen Revolution zu einer der drei sozialistischen Parteirichtungen Uebergetretenen in diese Kategorie einbeziehen muß, ist leider eine unbestreitbare Tatsache. Es soll hier nicht davon die Rede sein, nach welcher Parteirichtung diese Novembersozialisten tendieren, so verführerisch dies auch sein mag.

Es ist auf dem letzten Parteitag in Weimar mit Recht hervorgehoben worden, daß der Zustrom in die Sozialdemokratische Partei mit dem Ausbruch der Revolution zum Teil

gerade aus solchen Berufsschichten erfolgt ist, denen auch im alten Staat die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie keine vitalen Schwierigkeiten bereitet hätte. Die Motive, die einen großen Teil dieser Bekehrten zu solcher Umstellung bewogen haben, sind verschiedenartige, oft lediglich auf den persönlichen Vorteil oder auf Befriedigung privater Machtinstinkte gerichtet, oft auch auf den literatenhaften Snobismus der „letzten Neuheit“ gegründet. Jedenfalls sind sie, welche Gestalt sie auch annehmen, stets vom Uebel.

Mit dieser Deutung ist jedoch der Begriff des Novembersozialisten, so wie er heute gebraucht wird, noch lange nicht erschöpfend geklärt. Er wird in zunehmendem Maße — wie mir scheint — in zwiefacher Weise mißbraucht: *erstens*, indem er auch auf den anderen, nicht von Konjunktur- oder Modegesichtspunkten beeinflussten Teil derer, die im November ins Lager der Sozialdemokratie übergegangen sind, ausgedehnt wird und *zweitens*: indem er von verschiedenen Leuten gern aufgegriffen und benutzt wird, um neue Anhänger des Sozialismus und damit die ganze Bewegung oder doch bestimmte qualifizierte Exponenten derselben zu diskreditieren und herabzusetzen. Was damit gemeint ist, wird sofort klarer werden, wenn im folgenden mehr auf eine konkrete und ins Einzelne greifende Beweisführung eingegangen wird.

Was zunächst die *erste* Art der Begriffsentstellung betrifft, so ist es ein großer Irrtum, wenn man *allen* Neugebauten Konjunkturbüberei und Gewinnlerabsichten zu unterstellen bereit ist. In Heft 20 der „Glocke“ des laufenden Jahrgangs hat Colin Roß dagegen protestiert, daß die Presse der monarchistischen Reaktionäre republikanisch gesinnte Offiziere als Ueberläufer, Gesinnungslumpen und dergleichen bezeichnet und daran die sehr zutreffende Bemerkung geknüpft, daß einer sehr gut vor dem Kriege überzeugter, kaisertreuer Offizier gewesen sein kann, um im Verlauf des Weltkriegs angesichts der Mißwirtschaft kaiserlicher Politik sich zum überzeugten Republikaner und Sozialisten zu entwickeln. Es ist doch kaum verwunderlich, wenn viele gerade in bürgerlichen Kreisen Aufgewachsene durch das ungeheure gemeinschaftliche Erlebnis des Krieges und durch die auf viele Volksgenossen wie eine Offenbarung wirkende Macht des Staats gegenüber dem individuellen Lebensschick-

sal erst in den Gesichtskreis der großen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Probleme eingeführt wurden, und wenn sich daraus ein Verantwortlichkeitsbewußtsein entwickelte, das jeden Einzelnen verpflichtete, sich um die Politik seines Landes zu kümmern. Die Politisierung des Deutschen hat durch den Krieg einen mächtigen Antrieb erhalten. In dem großen Verband der Heeresorganisation lernte mancher den Arbeiter und sein Denken kennen, er fing an die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg, den Sinn und die Berechtigung der proletarischen Bewegung zu begreifen. Nicht nur, daß der sich täglich häufende Jammer des Kriegselends und des Kriegswuchers die ethisch gerichteten Menschen schon rein gefühlsmäßig der Friedenspolitik des Sozialismus näherbrachte und die Verwerfung des Krieges zu einem Prinzip des europäischen Geistes erhoben wurde, in den einsichtigen Volksschichten dämmerte auch die Erkenntnis, daß die Dynamik der geschichtlichen Entwicklung die Kulturwelt in eine Lage versetzt hat, wo die einzelnen nationalen Staatskörper mit den Mitteln der formalen Demokratie nicht mehr auskommen, wo vielmehr die Lösung des gesellschaftlichen Klassengegensatzes durch die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zur Entscheidung drängt. Einem großen Teil dieser Menschen, die im Krieg solch eine innerlich begründete Wandlung der politischen Gesinnung durchgemacht haben, war durch die militärische Gebundenheit ein offenes Bekenntnis unmöglich gemacht und erst durch den Ausbruch der Revolution konnten diese drückenden Fesseln der Bevormundung zerrissen werden. Diese Leute mit dem Stigma des Novembersozialisten behaftet zu wollen, ist genau so grotesk wie das lächerliche Gebaren gewisser pseudorevolutionärer Inquisitoren, die den für „kompromittiert“ erklären, der nicht den Nachweis sozialistischer Mentalität vom embryonalen Zustand an erbringen kann. Daß der aus dem Bürgertum herauswachsende Intellektuelle nicht wie der Arbeiter einfach ins Lager der Sozialdemokratie hineingeboren wird, daß er oft einen weiten und schweren Weg zurücklegen muß, bis er vor ihren Toren angelangt ist, das geht aus der Biographie manches bekannten Sozialistenführers hervor.

Mancher junge Sozialist, der erst seit kurzer Zeit in das entscheidende Stadium seiner geistigen Entwicklung eingetreten ist, die ihn über den deutschen Idealismus und den

bürgerlichen Pazifismus zum revolutionären Sozialismus hinführte, hat diesen Entwicklungsweg mit sehr vielen Angehörigen der sozialistischen Jugend- und Studentenbewegung gemeinsam. Die aus dem Kriege heimgekehrte Jugend, die aus innerem Bedürfnis heraus die Anschauungswelt, in der sie herangewachsen ist, überwunden hat und die heute in noch zu chaotischem Eifer für die Durchsetzung des Sozialismus im öffentlichen Leben eintritt, kann gerechterweise nicht deshalb, weil sie sich erst nach der Revolution sozialistisch organisierte, in einem Atemzug mit den Novemberkonjunkturbuben genannt werden. Hier ist Vorsicht geboten. Ist es auch nicht leicht, im einzelnen Fall auf den ersten Anheb zu entscheiden, so wird doch bei längerer und eingehender Betrachtung bald ein sicheres Urteil gesprochen werden können.

Zur zweiten Art einer tendenziösen Entstellung des Begriffs Novembersozialist gehört seine Verwendung nicht zum Zwecke der Verurteilung des Typus als solchem, sondern zur unlauteren Bekämpfung des lästigen Konkurrenten. Es müßte auch wundernehmen, wenn diese üble Begleiterscheinung der deutschen Revolution von ihren Gegnern nicht agitatorisch ausgeschlachtet würde. Der wahre Grund dieses Sturm Laufens ist freilich nicht der schöne Gesichtspunkt einer Reinigung des öffentlichen Lebens von dem Schmutz der Charakterlosigkeit und der Heuchelei, hinter ihm verbirgt sich vielmehr nichts anderes als die ohnmächtig groteske Angst dieser Leute vor jeder irgendwie gearteten Möglichkeit einer Verstärkung der sozialistischen Position. Sie sehen in jedem neuen sozialistischen Intellektuellen einen viel unausstehlicheren Gegner als im sozialdemokratischen Arbeiter, unterstellen ihm gern die schmutzigsten Beweggründe, um ihn bei der Partei zu verdächtigen und die Partei bei den Arbeitern, die solche Führer in ihren Reihen duldet. Ein billiges Propagandamittel steht ihnen in der Gestalt des Novembersozialisten zur Verfügung, mit dem der Gegner ohne Bedenken identifiziert wird, ein Mittel, das um so größere Wirkung zu tun verspricht als es auf die Abneigung des Arbeiters gegenüber dem Intellektuellen berechnet ist.

Eine sehr gute Illustration dieser Tatsache liefert ein Teil der bürgerlichen Presse durch die Art und Weise, wie hier gegen die neugegründeten sozialistischen Studenten-, Lehrer- und Akademikervereine Stellung genommen wird. Diese Me-

thode, die Arbeiter vor den Absichten der ihnen wesensfremden Elemente zu warnen, um geistigen Arbeiter und Handarbeiter auseinanderzuhalten, beweist eine solche eklatante Verständnislosigkeit für den gleichartigen Charakter *jeder* Arbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß zu ihrer fortgesetzten Verwendung schon die ganze geistige Hohlheit subalterner Skribentennaturen notwendig ist.

Liegt dem ganzen Geschrei über den Typus des Novembersozialisten, mit dem sich die Sozialdemokratie auseinanderzusetzen hat, auch ein sehr berechtigter Kern zugrunde, so tritt doch andererseits der Unfug, der damit getrieben wird und der in einigen seiner wesentlichsten Auswirkungen in den vorstehenden Zeilen behandelt worden ist, mehr und mehr zutage. Es gilt dabei festzuhalten, daß sich in allen gegenwärtigen politischen Parteien Menschen von der gleichen moralischen Minderwertigkeit vorfinden, wie sie der unverfälschte Novembersozialist in sich vereinigt. Es soll nicht darüber gestritten werden, welcher Partei in diesem Betracht der Vorrang gebührt. Denn es ist wichtiger, zu erkennen, daß der ganze Typus im letzten Grunde nur das elende Produkt eines elenden Zeitgeistes ist. Anstatt ihn zu agitatorischen Reklamezwecken zu verwenden, täte man besser, wenn man sich darauf besinnen wollte, an der Beseitigung der Verhältnisse in der modernen gesellschaftlichen Entwicklung mitzuarbeiten, die seine Existenzmöglichkeit hauptsächlich gefördert haben.

Glossen.

Karl Bücher: Lebenserinnerungen.

Von den meisten Lebenserinnerungen, die bedeutende Leute schrieben, darf gelten, daß die Abschnitte am reizvollsten sind, in denen sie die Anfänge ihrer Entwicklung schildern. Das trifft auch auf die Lebenserinnerungen Karl Büchers, des namhaften Volkswirtschaftslehrers der Leipziger Universität und Begründers des ihr angegliederten Instituts für Zeitungskunde zu. Nach beiden Richtungen seiner späteren wissenschaftlichen Betätigung hin sind schon sehr frühzeitig erste Ansätze zu erblicken, als von irgendwelcher „Zielstrebigkeit“ noch nicht die Rede sein konnte. Das erinnert immer wieder an die alte Handwerkerweisheit: Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will.

Schon in der Schulzeit zeigen sich die ersten Ansätze des werdenden Volkswirtschaftlers. Und zwar zunächst nicht in Beobachtungen von Dingen, die außerhalb von ihm lagen, sondern an ihm selbst. Es wirkt erstaunlich, daß der „Junge“ der aus ländlichen Kreisen heraufwuchs, schon als Gymnasiast in Hadamar am Rhein, ja schon vorher, auf der Vorschule dazu, in der von einem Geistlichen geleiteten Unterrichtsanstalt zu Dauborn, eines Nachbardorfes seines Geburtsortes Kirchberg im Nassauischen, auf das genaueste über alle Aufwendungen, die sein Aufenthalt daselbst nötig machte, Buch führte — und sich das alles bis auf den heutigen Tag aufhob. Auch dieses letztere Moment ist nicht unbeachtlich.

Der erste, soeben im Verlage der H. Lauppschen Buchhandlung in Tübingen erschienene Band der „Lebenserinnerungen“ (1847 bis 1890) ist in fünfzehn Abschnitte gegliedert. Diese Einteilung ist durch ebenso viele verschiedene Orte bestimmt, in denen der Verfasser längere oder kürzere Zeit lebte und wirkte, bis er dann im Jahre 1890 nach Leipzig berufen wurde und hier endlich sesshaft wurde.

Vorher trieb ihn das Leben weit herum: als Hauslehrer nach Amsterdam, als Gymnasiallehrer nach Dortmund, in gleicher Eigenschaft und später als Schriftleiter der „Frankfurter Zeitung“ nach Frankfurt a. M., dann als Universitätslehrer nach München, Dorpat, Basel und Karlsruhe. Seine Jugend aber verlebte er, abgesehen von einem Studienjahre an der Universität Göttingen, ausschließlich am Rhein. Das alles ist es, wovon er im ersten Bande seiner „Lebenserinnerungen“ erzählt — in der aus seinen Hauptwerken „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ und „Arbeit und Rhythmus“ allbekannt, lichtvollen Weise, — dem bald der zweite folgen möge.

Jene Zusammenstellung seiner Aufwendungen in der Gymnasialzeit aber lautet: Für Dauborn 233 Florin 36 Kreuzer, für Hadamar 788 Florin 50 Kreuzer, zusammen 1022 Florin 26 Kreuzer oder etwa 1738 Mark. In Dauborn entfielen davon rund 250 Florin auf den Unterricht, so daß für Lehrmittel nur 33 Florin ausgelegt waren, in Hadamar kamen rund 500 Florin auf das Kostgeld. 63 Florin (im Semester 6 Florin) auf den Unterricht, 210 Florin auf Bücher und etwa 10 Florin auf andere Ausgaben; dabei stammten 96 Florin aus eigenen Einnahmen von Privatstunden. —

Wer schleppt derartiges durch so viele Orte lebenslang mit sich herum?

Diese ganz besondere, im höchsten Maße persönliche Eigentümlichkeit hatte zur Folge, daß Büchers Lebenserinnerungen in allen Punkten den Eindruck äußerst zuverlässiger Exaktheit machen, und andererseits, daß sie — gestützt auf solche sichere Unterlagen — in der Hauptsache in der kurzen Zeit von Ostern bis Pfingsten niedergeschrieben werden konnten, — eine Zeit, die der Siebzig-

jährige eigentlich auf seine Erholung von schwerem Leiden verwenden sollte.

Auch späterhin hat Bücher über alles und jedes ebenso genau Buch geführt. Wir erfahren, daß er als Student in einem Bonner Speisehaus in der Regel vier Silbergroschen für ein Fleischgericht mit Kartoffeln ausgab; Suppe und Gemüse versagte er sich oft wochenlang, um sich Bücher zu kaufen — *nomen et omen*, — und daß er als Student in Göttingen (1868/69) sein Mittagessen mit sechs Talern für je vier Wochen bestritt; kein Gasthaus sonst hat er während der ganzen Zeit seines dortigen Aufenthaltes betreten.

Ebenso wurde auch in der Folgezeit jeder Brief, jedes einigermaßen wichtige Zettelchen aufgehoben, das ein anderer wohl achtlos beiseite wirft oder das sonst spurlos verschwindet. Die Fülle dieser „dokumentarischen“ Notizen wirkt erstaunlich; die Wissenschaft, die späterhin sein Lebensberuf werden sollte, lag ihm schon im Blute, auch als er noch längst nicht daran dachte. Denn zuerst schwebte ihm wohl nur allgemein vor, in irgendwelcher Eigenschaft später einmal „Lehrer“ zu werden. Auf dem Gymnasium war sein Lieblingsfach die Mathematik; in dem Maße, daß er manchenmal dem jungen Lehrer in der Prima, wenn er sich an der Wandtafel verwirrte, die Kreide aus der Hand nahm und das Exempel — statuierte. Für Dispositionsübungen zum deutschen Aufsatz fehlte ihm jedes Verständnis, gleichwohl erreichte er auch hier stets die besten Noten, indem er seinem „gesunden Menschenverstand“ folgte. Auf der Universität fesselten ihn vorwiegend geschichtliche Fächer. Während seines zweiten Aufenthaltes in Bonn (1869/70) beschäftigte ihn bereits eine Arbeit, die ihn seinem späteren Interessengebiet zuführte: „Die sizilianischen Sklavenaufstände unter Eumus“, die er später, als Lehrer der Wöhlerschule zu Frankfurt a. M., in einer Programmschrift — im Lichte der modernen Arbeiterbewegung — darstellte. In Göttingen aber beschäftigten ihn vorzugsweise griechische und römische Epigraphik, — in gewissem Sinne Anfänge des Zeitungswesens. Er ahnte freilich damals nicht entfernt, daß er später einmal eine Zeitlang selber Journalist werden würde. Nachdem er es aber einmal gewesen, ließ ihn — wie jeden, der ihr diene — das Interesse an der Presse nicht wieder los, auch als er schon wieder auf ganz anderen Pfaden wandelte. So hat er, als erster Gelehrter seit nahezu hundert Jahren — nach Schlözers Vorgang in Göttingen, doch in ganz anderer Weise — an der Universität Basel Vorlesungen über Zeitungskunde gehalten, um reichlich ein Menschenalter später, durch Gründung des Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig, abermals zu diesem Interessengebiet zurückzukehren, das ihn begrifflicher Weise in all der Zwischenzeit fortgesetzt beschäftigte.

Für den werdenden Volkswirtschaftler war es nicht ohne Belang,

daß er aus engen, dörflichen Handwerkerkreisen kam; sein Vater war Bürstenmacher. Dadurch gewann er nicht nur für allerhand Hantierung sicheren Blick, er lernte auch selbst hantieren. Nicht ohne Verwunderung wird man in der Schilderung seiner Privatlehrertätigkeit in Heppenheim an der Bergstraße (ein Idyll zwischen seinen Studentenjahren) lesen, daß er dem Töchterchen des Hauses eine große Puppenstube zimmerte, mit allem, was dazu gehört, und Kochlöffel schnitzte. Als junger Gymnasiallehrer zu Frankfurt betrieb er eine Zeitlang Kanarienvogelzucht im großen. Wer von den Tausenden, die zu Karl Büchers Füßen saßen und ihn nur auf dem Katheder oder mit dem Schlapput und wuchtigen Stock im Straßenbilde zu sehen gewöhnt sind, wird solche Jugenderinnerungen in seinem Lebensbuche vermuten?

Sie bringen uns den Menschen in dem Gelehrten unendlich nahe, und so hat er sich auch allezeit, solange er mit ihnen zu tun hatte, das Herz der Jüngsten unter den Jungen gewonnen. Seinen Heppenheimer Zöglingen war er mehr Freund als Lehrer und blieb es lebenslang. Mit seinen Dortmunder Schülern sammelte er Volkslieder, mit solchem Eifer, daß — als er dort an den Masern erkrankte — das Wort aufkam, er habe sich diese Kinderkrankheit durch seine Beschäftigung mit den Kinderliedern zugezogen. In Frankfurt aber stellten sich einmal alle Sitzbleiber bei Beginn des neuen Semesters vor seiner Klasse auf, da sie nur zu ihm wollten, und baten: „Ach, Herr Doktor, nemme Se mich, nemme Se mich!“, bis er die Türe aufmachte und sie anherrschte: „Marsch, alle herein!“

In Frankfurt wurde er bald auch im Nebenberufe Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung und später Schriftleiter ihres volkswirtschaftlichen Teiles. Besonders wichtig für diese Wandlung war, daß er als Berichterstatter dieser Zeitung regelmäßig an den Jahresversammlungen des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach teilnahm. Doch bald nicht nur als solcher. Auf einer Reise dorthin im Jahre 1875 saß er im Eisenbahnwagen zusammen mit dem Tübinger Professor Gustav Schönberg, der zum Referenten über die gewerbliche Lehrlingsfrage bestellt war. „Seine Gedanken darüber erschienen mir als verschimmelte Schulweisheit, und ich gab mir unterwegs alle Mühe, ihn davon zu überzeugen, daß man mit ganz anderen Mitteln den vielbeklagten Uebeln beikommen könnte und müßte. Aber er hatte sein Referat wohl in der Tasche und hat es uns am folgenden Tage in Eisenach vorgetragen, ohne daß meine neuen Gedanken in es Eingang gefunden hätten. So habe ich denn diese vor der Versammlung selbst vorgetragen — das erstemal, daß ich öffentlich aufgetreten bin — und eine Reihe von Anträgen gestellt, die indes alle bis auf den Eingang abgelehnt wurden. — Man ist so gutgläubig, wenn man das erstemal vor einer solchen Versammlung auftritt und meint, alle Welt mit Gründen überzeugen zu können.“

Diese kleine Probe ist in jeder Hinsicht bezeichnend für den Mann wie für dies neueste Buch von ihm, in dem sie sich findet. Auch dieses ist bemerkenswert genug und deutlich genug für alle, die zwischen den Zeilen zu lesen verstehen, erfüllt von einem eigenen Hauch schwermütiger Resignation. Die Jugend mit ihren lieben Erinnerungen, starkes Wollen und beherztes Kämpfen stiegen gar mächtig wieder in dem rüstigen Manne herauf, während er es schrieb. Er sah da wohl wieder manche Ziele, viele Entwicklungsmöglichkeiten vor sich ausgebreitet liegen. Er nur wird wissen, wieviele davon und wie sie sich in seinem arbeitsreichen Leben erfüllten.

Dr. Johannes Kleinpaul.

* * *

Schulreform.

Wir werden gebeten, hinzuweisen auf eine *Tagung*, welche eine Gruppe, zum großen Teile sozialistischer, Schulreformer am 4. und 5. Oktober im *Herrenhause* in Berlin veranstaltet. Diese Akademiker, die die solange vorschriftmäßige nationalistische Uniform nie trugen und die nun endlich offen zur Republik und zum Sozialismus sich bekennen dürfen, verlangen die *Einheitsschule*, *Gemeinschaftserziehung*, *Einheitlichkeit der Lehrerbildung*, pazifistische Durchdringung des Unterrichts, also die *Ausmerzung des Chauvinismus* aus dem Geschichtsunterricht, Behandlung soziologischer Gedankengänge usw. Unter den Vortragenden (es finden vier Vormittags- und Nachmittagskonferenzen und zwei Volksversammlungen statt) befinden sich bekannte Schulreformer wie Baege, Bachenau, Frau Wegscheider, O. Koch, Kawerau, Elisabeth Rotten, Oestreich usw. Zwischen den dichtgedrängten Vorträgen finden Aussprachen an der Hand gedruckter Leitsätze statt. *Wortmeldungen* sind zu richten an Dr. Fritz Karsen-Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 56, bei dem auch Eintrittskarten zu erhalten sind. Das Programm und die *Leitsätze* versendet Studienassessor A. Wagner-Berlin-Wilmersdorf, Spessartstr. 15. Die Veranstaltung verdient angesichts der Reaktion an den höheren Schulen und unter der akademisch gebildeten Lehrerschaft das lebhafteste Interesse und die Unterstützung der parteigenössischen Philologen. Wie wir hören, wird diese Gruppe die verstreuten Anhänger einer entschiedenen Schulreform unter den akademisch gebildeten Lehrern bald zu einem Landesverband zusammenfassen. Neben dem Oberlehrertyp des „Täglichen-Rundschau“-Lesers entsteht damit endlich eine neue Art zukunfts-freudiger Oberlehrer. Sie ist willkommen.

sf

Im großen Wurf

ist soeben Heft 13 der
„SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN BIBLIOTHEK“
erschienen:

Der Geist der neuen Reichsverfassung

Von

Dr. Max Quarck

Mitvorsitzendem des Verfassungsausschusses

Mit einem Anhang der gesamten

Verfassung des deutschen Reichs

Preis kartoniert Mk. 3,—, gebunden Mk. 4,50

Die einfache und volkstümliche
Sprache macht die Schrift zu einer
allgemein verständlichen Einfüh-
rung für das ganze deutsche Volk

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68

Lindenstr. 114

Postscheckkonto 275 76

Neuerschein

Est
A-1746
3099

Fünftes Heft der „Flugschriften der Revolution“

Der Kampf um den Geist des Heeres
ist sicher eine der brennendsten in-
neren Fragen der deutschen Gegenwart.

Die Schrift von

Müller - Brandenburg:

Offizier und Republik

Preis 1,25 Mk.

nimmt Stellung im republikanisch frei-
heitlichen Sinne und ist eine kenntnis-
reiche Auseinandersetzung mit der
militärischen Reaktion.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

Berlin SW 68

Lindenstr. 114

(Postscheck-Konto 275 76)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an den verantwortlichen Redakteur
Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Dijonstraße 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324.
Adresse des Herausgebers: **Dr. A. Helphand, Berlin.** Druck und Verlag: **Verlag für
Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Fernruf: Moritzplatz
Nr. 2218, 1448—1450.**